

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 07.11.2006

Vorlage Nr. 06-F-25-0034

Maßnahmen für den Radverkehr in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 11.10.2006 -

Die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes soll vorangetrieben werden, wozu die Bedingungen für den Radverkehr in Wiesbaden verbessert werden. Dies soll durch „harte“ und „weiche“ Maßnahmen geschehen.

Deshalb möge der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dafür Sorge zu tragen, dass Radwege verstärkt im Umfeld von Schulen eingerichtet werden, um hierdurch Schulwege sicherer zu machen. Hierfür sollte für ein Pilotprojekt zunächst ein Wettbewerb unter Wiesbadener Schulen ausgelobt werden, wie die Schulen ein solches Projekt bestmöglich unter Einbeziehung von Planungs- und Ausführungsideen der Schülerinnen und Schüler und anderer Ortskundiger (z.B. Eltern und Lehrerschaft) sowie ortsbezogene Maßnahmen der Verkehrserziehung unterstützen können. Diese Erfahrungen sollen anschließend bei der Umsetzung weiterer Schul-Radweg-Projekte allen Schulen zur Verfügung gestellt werden.
2. die Verlängerung von Sackgassen – wo möglich – für Radfahrer zu öffnen und eine entsprechende Kennzeichnung der Wege zu realisieren. Das Ziel ist eine einheitliche Beschilderung.
3. die Öffnung weiterer Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung zu prüfen und im Einvernehmen mit den Ortsbeiräten zeitnah zu verwirklichen.
4. weitere Abstellanlagen für Fahrräder an größeren Verkehrsknotenpunkten und öffentlichen Einrichtungen sowie an sichtbar hoch frequentierten Orten in Wiesbaden aufzustellen. Weitere wichtige Abstellanlagen in der Innenstadt sind einzurichten. Hierbei sehen wir folgende Prioritäten: Luisenplatz, Dernsches Gelände, Schlossplatz, Webergasse / An den Quellen, Michelsberg, Ostseite des Hauptbahnhofes. Für den Außenstadtbereich liegen die Prioritäten zum Installieren von Abstellanlagen im Umfeld der HSK und an Bushaltestellen, die als gute Anschlusspunkte für „Bike & Ride“ genutzt werden können.
5. als erstes die Radverbindungen zu realisieren, zu beschildern und zu signalisieren, die erforderlich sind, damit der Hauptbahnhof von allen Richtungen mit dem Fahrrad angefahren werden kann.
6. als Maßnahme zur sicheren Führung von Radverkehr auf ruhigen Nebenstraßen im Innenstadtbereich die Realisierung eines Velo-Rings planerisch vorzubereiten.
7. die Realisierung der Radwege Bahnhof / Dernsches Gelände, Innenstadt / Sonnenberg -

Rambach sowie Innenstadt / Taunusstraße - Nerotal planerisch vorzubereiten. Hierbei gilt grundsätzlich, die Radwege, soweit möglich auf den Hauptachsen umzusetzen und ansonsten Parallelwege zu prüfen.

8. diese Maßnahmen durch die Entnahme von Geldern für 2006 und für 2007 in Höhe von jeweils 200.000 Euro aus der Haushaltsstelle 2. 6300.950000.1.115 zu finanzieren.
-

Beschluss Nr. 0136

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP betr.

Maßnahmen für den Radverkehr in Wiesbaden

wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2006

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2006

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister